



# Bundestags- brief

Nr. 170 • Die Woche im Bundestag • 24.04.2015



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika  
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@  
bundestag.de

[www.monika-gruetters.de](http://www.monika-gruetters.de)

## Humboldt-Forum: Neil MacGregor übernimmt

Bereits in meiner [ersten Rede](#) vor dem neu gewählten 18. Deutschen Bundestag habe ich deutlich gemacht, dass das Humboldt-Forum eine historische Chance für unser Land - und mir ein echtes Herzensanliegen ist. Umso mehr habe ich mich gefreut, dass es gelungen ist, mit Neil MacGregor einen der erfahrensten und besten Ausstellungsmacher und Museumsmanager der Welt für die Gründungsintendanz des Humboldt-Forums zu gewinnen.

Als exzellenter Kenner Deutschlands und international versierter Museumsexperte wird Neil MacGregor für die inhaltliche Ausgestaltung des Humboldt-Forums wichtige Impulse setzen. Nach seiner Tätigkeit am British Museum, wo er für die weltweiten Sammlungen zuständig war und die Kulturgeschichte der Menschheit erzählt hat, ist er für diese Aufgabe geradezu prädestiniert.

Gemeinsam mit dem Kunsthistoriker Horst Bredekamp und dem Archäologen Hermann Parzinger wird Neil MacGregor ab Oktober 2015 die Gründungsintendanz bilden. Im Zentrum wird dabei das Setzen inhaltlicher Schwerpunkte stehen. Gleichzeitig soll die Gründungsintendanz aber auch das Zusammenwirken aller Akteure im Humboldt-Forum weiterentwickeln.

Unterstützt wird die Gründungsintendanz von einem internationalen Netzwerk aus Wissenschaftlern und Museumsexperten. Diese könnten später einen Wissenschaftlichen Beirat für das Humboldt-Forum bilden.

Im engen Austausch mit allen Akteuren im Humboldt-Forum sollen damit die Ausrichtung und das Zusammenspiel der Sammlungen und Ideen sowie strukturelle Aspekte gebündelt und noch weiter im Sinne der Humboldt-Ideen vorgebracht werden.

## Theater verdienen unsere Unterstützung

In der vergangenen, sitzungsfreien Woche bin ich zu einer Theaterreise aufgebrochen. Auf meiner Tour, die mich nach Mannheim, Mülheim an der Ruhr, nach Bonn und nach Bad Godesberg geführt hat, konnte ich erleben, wie lebendig das Theater in Deutschland sich zeigt und wie groß sein Einfluss gerade in den kleineren und mittleren Kommunen in Deutschland noch immer ist.

Als Mittelpunkt der (klein-)städtischen Gesellschaft spielt das Theater eine zentrale Rolle. Das Theater in Deutschland ist nicht mehr nur ein Hort der Klassiker und ihrer Inszenierungen. Es hat häufig viel größere Verantwortung übernommen. Denn das Theater ist noch immer ein unverzichtbarer Kulturvermittler. Gleichzeitig sind viele Theater inzwischen zu Orten geworden, die den Menschen ein Forum bieten, sich mit den aktuellen Themen zu befassen, die ihre Gemeinschaft im Kern betreffen.

Als Seismograph für gesellschaftliche Entwicklungen und auch als politische Bildungsstätten leisten Theater in Deutschland flächendeckend einen wichtigen Beitrag zum Erhalt und zur Förderung unseres demokratischen Gemeinwesens. Es wäre daher fatal, wenn die Frage nach dem Wert des Theaters für unser Gemeinwesen primär von der fiskalischen Sichtweise geprägt wäre. Das muss auch den Bundesländern und Kommunen klar sein, der unsere Verfassung die Verantwortung für die Theater zugewiesen hat.

Gleichzeitig erkennt auch der Bund die großen Leistungen, die die Theater in Deutschland für unser Gemeinwesen erbringen. Das wollen wir nicht zuletzt mit einem nationalen Theaterpreis in Höhe von einer Million Euro aus Haushaltsmitteln des Bundes erreichen. Und gerade für die Erarbeitung von Kriterien für diesen geplanten Preis war meine Theaterreise eine wertvolle Erfahrung.

### **Menschen helfen – nicht erst, wenn sie in Seenot sind**

Die Bilder der Schiffskatastrophen vor der libyschen Küste rütteln auf, berühren und bedrücken uns. Der Tod so vieler Menschen, die ihr Leben menschenverachtenden Schlepperbanden anvertraut haben, führt uns das Unheil vor Augen, das Ungerechtigkeiten in den Herkunftsregionen der Menschen und zerfallende Staaten auf ihren Fluchtrouten anrichten können.

Wir müssen den Verantwortlichen vor Ort bei der Veränderung dieser Umstände helfen und als Europäische Union alles tun, damit die von gewissenlosen Schleppern ins Verderben geführte Menschen vor dem Tod gerettet werden.

Schon am Donnerstag dieser Woche sind die EU-Staats- und Regierungschefs zu einem Sondertreffen zusammengelassen. Es ist keine Zeit zu verlieren. Europa muss rasch Maßnahmen zur Verbesserung der Lage auf den Weg bringen – und über mittel- und langfristige Perspektiven beraten. Weder die hermetische Abriegelung Europas noch die bedingungslose Öffnung unserer Grenzen wird die Lösung sein. Aber ebenso richtig ist, dass wir uns Denkverbote für neue und kreative Lösungen nicht leisten können. Alles, was Menschen rettet, ist richtig. Und wir sollten den Schleusern unmissverständlich klar machen, dass wir ihre skrupellosen Geschäfte nicht tolerieren werden.

Lösungen, die erst auf dem Mittelmeer ansetzen, werden keine nachhaltige Verbesserung bringen. Vergessen wir auch nicht all die Opfer, die unbemerkt von der Weltöffentlichkeit auf ihrem langen Weg an die Mittelmeerküste etwa durch die Sahara sterben. Dauerhaft kann sich die Lage nur über eine Verbesserung der Zustände in der Heimat der Menschen ändern. Dort müssen wir noch stärker als bisher zu Frieden und Gerechtigkeit beitragen. Dieser Verantwortung müssen und werden wir uns gemeinsam mit unseren Partnern weiter stellen.

### **Umsetzung des Mindestlohns praxistauglich machen**

In der Fraktionssitzung am 27. Januar 2015 haben wir auf Initiative des Parlamentskreises Mittelstand den Antrag „Mindestlohn entbürokratisieren und auf Fehlentwicklungen überprüfen“ einstimmig in unserer Fraktion beschlossen.

Dieser Antrag ist die Grundlage dafür, was wir mit der Bundesarbeitsministerin im Koalitionsausschuss an diesem Sonntag verhandeln werden. Die erheblichen bürokratischen Schwierigkeiten müssen praxistauglich gelöst werden. Der hohe Schwellenwert für die Nichtanwendbarkeit der Dokumentationspflichten nach dem MiLoG muss abgesenkt werden und auch für das Ehrenamt erwarten wir eine Lösung. Wir wissen, dass dies nicht einfach ist. Aber wir versuchen in den Verhandlungen alles.

### **Verbindungsdatenspeicherung kommt**

Diese Koalition kann mehr, als nur den vereinbarten Politikfahrplan Schritt für Schritt und Satz für Satz umsetzen. So können wir durch die Beharrlichkeit und die klugen Vorschläge von Bundesinnenminister Thomas de Maizière jetzt endlich die lange blockierte Frage der Verbindungsdatenspeicherung auflösen. Die nun vorgelegten Leitlinien kombinieren zeitlich und inhaltlich eng begrenzte Speicherfristen mit sehr strengen Abrufregelungen. So werden die Ziele der Verbrechensbekämpfung mit hohen Standards beim Datenschutz in Einklang gebracht. Die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes und des Europäischen Gerichtshofes werden dabei eingehalten. Künftig werden auch in der digitalen Welt Spuren gesichert werden können, damit wir Terrorismus und organisierte Kriminalität effektiv bekämpfen können.

### **Spielräume für Investitionen nutzen - Deutschland zukunftsfest machen**

Mit dem Nachtrag zum Bundeshaushalt 2015, den wir in dieser Woche beraten haben, legen wir die Verteilung des 10-Milliarden-Euro-Pakets für Zukunftsinvestitionen fest. Wir machen den Weg frei für konkrete Investitionsmaßnahmen der Bundesressorts in den Jahren 2016 bis 2018.

Für den Bereich Verkehr und digitale Infrastruktur sind 4,35 Milliarden Euro vorgesehen, knapp 700 Millionen Euro für die Steigerung der Energieeffizienz und 450 Millionen Euro für die Nationale Klimaschutzinitiative. Für den Hochwasserschutz sind 300 Millionen Euro eingeplant. Bei den weiteren Maßnahmen werden wir ebenfalls den Fokus auf die Bereiche Infrastruktur, Energie und Umwelt legen, damit neues langfristiges Wachstum entsteht und Deutschland zukunftsfest gemacht wird.

Überdies werden wir speziell die finanzschwachen Kommunen stärken, indem wir für die Jahre 2015 bis 2018 das Sondervermögen „Kommunaler Investitionsförderungsfonds“ einrichten und mit 3,5 Milliarden Euro ausstatten. Mit diesen Finanzhilfen für kommunale Investitionen leisten wir einen Beitrag zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschafts- und Investitionskraft im Bundesgebiet.

In 2015 und 2016 wird der Bund zudem die Länder und ihre Kommunen mit jährlich 500 Millionen Euro unterstützen, um die Aufnahme und Unterbringung der zunehmenden Anzahl an Asylbewerbern zu bewältigen. Aber damit haben sich die neuen Bundeshilfen immer noch nicht erschöpft: Die bislang für 2017 vorgesehene weitere Entlastung der Kommunen von einer Milliarde Euro soll um 1,5 auf dann 2,5 Milliarden Euro aufgestockt werden. Unter dem Strich stellt der Bund damit von 2015 bis 2018 nicht weniger als 6 Milliarden Euro mehr bereit als bislang geplant zu Verfügung.

Die verschiedenen Arten von Mehrausgaben sind stets so bemessen, dass der Entwurf des Nachtragshaushalts ohne neue Schulden auskommt. Die neuen Spielräume beruhen auf fortgesetzter Haushaltsdisziplin, gesunkener Zinsausgaben, Bundesbankgewinn und Steuermehreinnahmen. Auch weiterhin stehen wir also für die Umsetzung unseres zentralen Versprechens – dem ausgeglichenen Haushalt ohne Steuererhöhungen.

### **BRICS-Staaten sind wichtige Wirtschaftspartner**

Der langjährige Wirtschaftsboom der sog. BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) hat der deutschen Exportwirtschaft gute Geschäfte beschert.

Die deutschen Warenexporte in diese Länder hatten im Jahr 2000 lediglich einen Wert von 27 Milliarden Euro betragen. 2014 waren es 131 Milliarden Euro.

Diese enorme Steigerung entspricht zugleich einer Zunahme von 4,5 auf 11,5 Prozent der Gesamtexporte. Den größten sektoralen Anteil hatte der Fahrzeugbau mit 27 Prozent, gefolgt vom Maschinenbau (26 Prozent).

Die Bedeutung der einzelnen BRICS-Staaten für Deutschland ist jedoch sehr unterschiedlich. China und Russland ragen heraus und erklären den größten Teil des Exportwachstums seit dem Jahr 2000.

Obwohl sich Chinas Konjunktur seit 2010 abkühlt und die chinesische Wirtschaft im Jahr 2014 um ´nur´ noch 7,4 Prozent gewachsen ist (zuvor: über 10 Prozent), behauptet sich die deutsche Exportwirtschaft. So sind die Exporte nach China auch nach 2010 weiter stark gewachsen.

Anders ist die Lage beim Handel mit Russland. Verursacht durch die russische Wirtschaftskrise und die 2014 verhängten Sanktionen sind die deutschen Exporte nach Russland seit 2012 stark rückläufig.

*(Quelle: KfW Research)*

### **Berufsausbildung ist lohnende Investition**

Auszubildende kosten Betriebe je nach Berufsgruppe bis zu 9.000 Euro pro Jahr. Zieht man die von den Auszubildenden erwirtschafteten Erträge von den Bruttokosten ab, so kostete ein kaufmännischer Auszubildender im Ausbildungsjahr 2012/2013 seinen Betrieb rund 3.500 Euro.

Bei Auszubildenden technischer Berufe beliefen sich die Kosten auf rund 8.900 Euro. Die Differenz erklärt sich durch die vergleichsweise höhere Vergütung technischer Berufe und die häufig nötigen längeren Einweisungszeiten an teuren Maschinen.

Dennoch lohnt es sich für Unternehmen, Auszubildende einzustellen und nach ihrer Ausbildung weiter zu beschäftigen: Die externe Besetzung einer Stelle kostet Unternehmen durchschnittlich 8.700 Euro, vom Bewerbungsverfahren bis zur Einarbeitung.

Entsprechend ist für 80 Prozent der ausbildenden Unternehmen in Deutschland die Qualifizierung von Fachkräften, die langfristig im Betrieb eingesetzt werden können, ein tragender Grund für ihr Ausbildungsengagement.

*(Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung)*